

Abg. P.R. Müller erläuterte, dass die SPD-Kreistagsfraktion den Antrag frühzeitig eingereicht habe und somit ausreichend Zeit zur Verfügung gestanden hätte, um sich damit inhaltlich und mit dem wichtigen Anliegen seiner Fraktion auseinanderzusetzen. Im Übrigen verweise er auf die Begründung des Antrages. Die übrigen Kreistagsfraktionen hätten ihm in der Sache Zustimmung signalisiert, jedoch werde der Zeitpunkt auf Grund der derzeitigen Koalitionsverhandlungen im Rat der Stadt Bonn nicht für angemessen erachtet. Dies könne die SPD-Kreistagsfraktion nachvollziehen. Der Begriff „Region“ sei diskutierbar; seine Fraktion habe die regionale Zusammenarbeit auf Grund der örtlichen Lage auf den Rhein-Sieg-Kreis und auf die Stadt Bonn bezogen. Sofern man heute keine Entscheidung treffe, erwarte er interfraktionelle Gespräche, insbesondere mit der CDU-Kreistagsfraktion und/oder die Bildung einer „Kommission“, die erste Kontakte mit der Stadt Bonn aufnehmen könne. Daher sei man bereit, den Antrag zu vertagen; man werde ihn im März 07 nach entsprechender Kontaktaufnahme mit der Stadt Bonn wieder einbringen.

Abg. Heuel verwies auf die sich derzeit abzeichnenden Gespräche zwischen der SPD- und CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bonn. Die CDU-Kreistagsfraktion sei der Auffassung, dass man den Verlauf und die Ergebnisse dieser Gespräche abwarten müsse, auch im Hinblick auf die im Kreisausschuss am 11.12.2006 getroffene Entscheidung über die Anträge der SPD- und CDU-Kreistagsfraktion zum Verkehrsentwicklungs- und Nahverkehrsplan. Im Übrigen sei auch er für den Fall, dass Abstimmungsgespräche zwischen der Stadt Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis anstünden, der Auffassung, dass zunächst eine Kommission, bestehend aus Vertretern der Kreistagsfraktionen, erste Kontakte aufnehmen sollte. Die Bildung eines neuen Ausschusses, dem überdies Querschnittsaufgabe übertragen werden sollten, sei derzeit ein „Zuviel“ des Machbaren. Zunächst sei die weitere Entwicklung abzuwarten.

Abg. H. Becker verdeutlichte, dass eine Zusammenarbeit mit der Stadt Bonn ungeachtet der inhaltlichen Thematik alleine auf Grund der topographischen Lage der Stadt und des Kreises wünschenswert und anzustreben sei. Die weitere Frage sei die der Umsetzung. Er nehme jedoch amüsiert zur Kenntnis, dass offensichtlich eine regionale Zusammenarbeit zwischen Bonn und dem Kreis von den Ergebnissen der derzeitigen Koalitionsverhandlungen in Bonn abhängen. Diese Zusammenarbeit sei nach seiner Auffassung auch unabhängig der vorgenannten Koalitionsverhandlungen möglich. Dennoch zeige er Verständnis für die vorgeschlagene Vorgehensweise. Unabhängig von der Grundsatzentscheidung sei die Frage, wie man diesen Prozess organisatorisch begleite. Er bezweifle, dass man diesen Prozess mit Hilfe eines neuen Ausschusses sinnvoll begleiten könne, dem zudem Aufgaben zugewiesen werden sollen, die sich mit denen der anderen Fachausschüsse überschneiden und der darüber hinaus offensichtlich eine Bündelfunktion übernehmen soll, die im Grunde nur dem Kreisausschuss eingeräumt werde. Dies sei noch näher zu prüfen, ungeachtet der rechtlichen Fragen, die bei der Bildung eines neuen Ausschusses auftreten. Daher bitte er, diese Thematik in einer Sitzung des Ältestenrates zu erörtern, um zu einer sinnvollen und tragfähigen Entscheidung zu gelangen.

Abg. Griesert stellte fest, dass zwischen den Aufgaben des neu zu bildenden Ausschusses und den Aufgaben des Ausschusses für regionale Wirtschafts- und Strukturförderung große Schnittmengen bestehen. Daher betrachte er es nicht für sinnvoll, den neuen Ausschuss einzurichten, auch im Hinblick darauf, dass der Ausschuss für regionale Wirtschafts- und Strukturförderung selten tage und offensichtlich kein großer Beratungsbedarf bestehe. Er beantrage, dass die im Antrag der SPD-Kreistagsfraktion genannten Aufgaben, schwerpunktmäßig Wirtschaftsfragen, auf den Ausschuss für regionale Wirtschafts- und Strukturförderung übertragen werden.

Der Landrat wies darauf hin, dass nach den bisherigen Beiträgen Einvernehmen bestünde, die Entscheidung zu vertagen, sodass kein Antrag – zur Sache - zur Abstimmung vorliege. Sein Änderungsantrag laufe daher ins Leere; sofern er wünsche, könne er diesen jedoch zur Abstimmung stellen.

Abg. Griesert nahm dies zur Kenntnis. Er betonte, dass er die Bildung dieses weiteren Ausschusses ablehne.

Abg. Finke nahm die heutigen Beiträge zu diesem Tagesordnungspunkt mit Überraschung zur Kenntnis. Im Hinblick auf die Bedeutung der regionalen Zusammenarbeit und ungeachtet der Gespräche, die in nächster Zeit zwischen den Fraktionen im Rhein-Sieg-Kreis und in Bonn aufgenommen werden,

appellierte er an den Landrat, bereits in Kürze mit der Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn Kontakt aufzunehmen und nicht bis März abzuwarten. Die kurzfristige Kontaktaufnahme mit der Oberbürgermeisterin sei wichtig, um bereits heute etwas anzustoßen, was dann durch den Rat der Stadt Bonn und Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises weiterentwickelt werden könne.

Der Landrat hob hervor, dass die Zusammenarbeit mit der Stadt Bonn und der Oberbürgermeisterin vielfältig und vielschichtig sei: Neben der häufigen gemeinsamen Wahrnehmung repräsentativer Termine übernehme die Wirtschaftsförderung des Rhein-Sieg-Kreises in engster Zusammenarbeit mit der Stadt Bonn und der Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg die Federführung im Wissenschaftsmarketing für die Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler. Weiterhin sei die Zusammenarbeit des Planungsamtes des Kreises mit der Stadt Bonn in Gestalt des „rak“ zu nennen. Ferner habe der Rhein-Sieg-Kreis mit der Stadt Bonn Kontakt aufgenommen, um im Bereich Drogenarbeit zusammenzuarbeiten. Eine Antwort der Stadt Bonn stünde noch aus. Abg. Finke habe durch seinen Beitrag einen Eindruck hinterlassen, der ein falsches Bild vermittele. Daher weise er seine Ausführungen ausdrücklich zurück. Er freue sich über jede Initiative, die die regionale Zusammenarbeit, die er bereits seit Jahrzehnten anstrebe und für sinnvoll erachte, ein Stück weiter voranbringe. Daher werde er auch den heutigen Vorstoß unterstützen und die Erörterung dieser Thematik in einer Sitzung des Ältestenrates anbieten.

Der Landrat stellte das Einvernehmen fest, den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zu vertagen und die Thematik zunächst im Ältestenrat zu erörtern.